PD Dr. Gustav A. Horn
Wissenschaftlicher Direktor
IMK Institut für Makroökonomie u. Konjunkturforschung (IMK), Hans Böckler-Stiftung

Wirtschaftspolitik auf Beschäftigung einstellen

Konferenz „Arbeitsplätze auf der Flucht“,
25. und 26. Januar 2006, Bonn

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wirtschaftspolitik auf Beschäftigung einstellen, das ist das Thema meines Vortrags und in der Tat ist das ja das Thema, das uns seit Jahren beschäftigt und wo wir ja auch in den vergangenen Monaten mit der neuen Regierung einiges zu diskutieren hatten.

Und ich möchte zwei Punkte hier in den Mittelpunkt meines Vortrags stellen, die ich für sehr wichtig halte. Der erste Punkt heißt makroökonomische Stabilität. Die ist für mich die conditio sine qua non, also die Voraussetzung ohne die nichts geht bei der Beschäftigung. Wir brauchen makroökonomische Stabilität um eine Wirtschaft auf Beschäftigungskurs zu bringen. Das zweite ist, und das ist eine Entwicklung, die sich nun schon seit Jahren andeutet, die aber in den letzten Jahren kulminiert ist, wir brauchen eine neue globale Wettbewerbsordnung brauchen. Ich werde noch erläutern, was ich darunter verstehe.

Makroökonomische Stabilität.
Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist nun einmal so: marktwirtschaftliche Systeme sind ein vorteilhaftes System, letztlich für alle. Sie sind sehr effizient, sie schaffen die Produktion neuer Güter, sie schaffen die Produktion von Wohlstand. Aber marktwirtschaftliche Systeme sind keine krisenfreien Systeme. Makroökonomische Systeme haben immer schon Krisen gehabt, vor Keynes und nach Keynes. Sie haben sich immer dadurch ausgezeichnet, dass es Phasen gab, wo entweder die Angebotsbedingungen oder auch die Nachfragebedingungen beeinträchtigt waren.

Seit Keynes wissen wir eigentlich wie mit diesen Krisen umzugehen ist. Wir wissen, dass die Wirtschaftspolitik die Aufgabe hat, die inhärente Instabilität des marktwirtschaftlichen Systems auszugleichen. Sie hat dafür auch die Mittel dieses zu tun, sie muss diese Mittel nur anwenden.

Das wirksamste Mittel ist die **Geldpolitik**. Sie steuert den gesamten Vergabeprozess von Krediten. Kredite in einer Marktwirtschaft sind gleichsam das Salz in der Suppe, denn wer etwas investieren will braucht eine Finanzierung der Investition, meist über Kredite oder andere Formen des Geldausleihens auf dem Kapitalmarkt. Und dies wird letztlich in sehr starkem Umfang durch die Geldpolitik gesteuert. Dies geschieht nicht direkt, aber indirekt, indem die Geldversorgung festgelegt und indem die kurzfristigen Zinsen festgelegt werden und die langfristigen auf dem Kapitalmarkt beeinflusst werden.

Geldpolitik ist ein sehr mächtiges Instrument, aber auch ein sehr langsames. Es wirkt nicht sofort, es dauert etwa ein Jahr, bis der Haupteffekt wirksam wird. Schnelle Erfolge sind also nicht zu erhoffen. Deshalb müsste man mit diesem Instrument sehr vorsichtig umgehen, vor allen Dingen sehr vorausschauend. Wir wissen, dass die Geldpolitik diese Wirkung hat, es ist eigentlich, wenn man neuere empirische Untersuchungen anschaut, auch unstrittig. Selbst wenn man sich die Forschungsveröf-

fentlichung der EZB anschaut, sieht man, dass in diesen sehr starke Wachstumseffekte von Geldpolitik nachgewiesen werden.

Geldpolitik: mit Geldpolitik können wir Krisensituationen auffangen, können wir, wenn wir die Krisen kommen sehen, auch rechtzeitig gegensteuern. Ein jüngstes Beispiel ist der Börsencrash von 2000/2001. Er war global, in allen größeren Industrieländern entstand ein tiefer Einbruch. Ein Ölpreisschock kam noch oben drauf. Was geschah wirtschaftspolitisch, um diese tiefe Krise, die sowohl in USA, in England in Frankreich und eben auch in Deutschland auftrat, um diese Krise aufzufangen?

In den USA geschah manches. Die Geldpolitik, die vorher die Wirtschaft gebremst hatte, weil die amerikanische Wirtschaft schon in einer Boom-Phase war und auch erste Inflationstendenzen sichtbar wurden, änderte sofort dramatisch, rasch und eindeutig ihren Kurs und stieg um auf Gasgeben. In Japan hatte sie ohnehin den Fuß schon auf dem Gashebel und er wurde noch weiter runter gedrückt.

In Europa passierte zunächst gar nichts. Den Effekt konnte man sehen. Die amerikanische Wirtschaft hat, auch wenn sie tief eingebrochen war, eigentlich tiefer sogar als die europäische, sich viel schneller wieder erholt. Und das ist primär auch ein Erfolg dieser Geldpolitik. Das gleiche Instrument wurde in Europa viel langsamer angewendet als der Einbruch schon in voller Blüte war. Als Unternehmer, Investoren und Haushalte ihre Erwartungen schon deutlich nach unten korrigiert hatten. Als sich Pessimismus ausbreitete, Vertrauen in die Zukunft schwand, erst da wurde die Geldpolitik in Europa aktiv. Und dann wird es immer schwerer und es dauert auch lange, bis sich erste Erfolge zeigen. Erst jetzt drei Jahre nach den Amerikanern wir sind in Europa in einer Phase; wo es wieder so langsam, langsam aufwärts geht.

Das heißt, um Wirtschaftspolitik auf Beschäftigung einzustellen, brauchen wir eine Geldpolitik, die eindeutig wachstumsorientiert ist, die präventiv ist, die sehr entschlossen handelt. Von dieser Art von Geldpolitik sind wir in Europa noch weit entfernt. Die EZB bestreitet schlankweg, dass sie überhaupt etwas für das Wachstum tun kann, entgegen ihrer eigenen Forschungsergebnisse. Sie sagt, sie ist fixiert auf Preisstabilität, wobei im Maastricht Vertrag eigentlich „primär“ steht. Und primär heißt nicht ausschließlich.

Die EZB behauptet sie würde alleine dadurch, dass sie die Inflation unter Kontrolle hält, auch Wachstum schaffen weil den Menschen dadurch die Kaufkraft erhalten bleibt. Das ist euphemistisch formuliert, um es vorsichtig zu sagen. Wenn wir einen Einbruch haben wie 2000/2001, dann ist es nicht damit getan, die Inflation zu bekämpfen, sondern man muss auch Wachstumsimpulse geben. Inflation ist in solchen Situationen ohnehin kein Problem, deshalb ist es auch mit der Zielausrichtung der EZB so wie sie ist, eindeutig zu vereinbaren, dann auch etwas für das Wachstum zu tun.

Man muss schnell handeln um es gar nicht erst zu der Situation kommen zu lassen, dass sich Verzagen, mangelndes Vertrauen und ein Einbruch bei den Investitionen ausbreitet. All dies ist leider geschehen, all dieses ist besonders auch in Deutschland geschehen. Insofern ist hier ein Kurswechsel – auch auf europäischer Ebene – erforderlich, nämlich bei der EZB, leider wird das nicht von der Mehrheit der jetzigen EZB-Direktoren so gesehen. Und leider, wenn man das so sagen darf, zeigen die Personalentscheidungen der neuen Bundesregierung, dass auch von deutscher Seite nicht

die Richtung gestützt wird, die hier eine stärkere Wachstumsorientierung im EZB-Rat verankern könnte. Das ist zu bedauern.

Wir haben aber noch ein anderes Instrument, das in den vergangenen Jahren zugegebenermaßen diskreditiert wurde: die **Fiskalpolitik**. Die Fiskalpolitik kann durch direkte staatliche oder öffentliche Nachfrage, insbesondere Investitionsnachfrage, wo das Geld sofort in den Wirtschaftskreislauf geht, die Nachfragesituation beeinflussen. Sie kann es auch indirekt über Steuern (Senkungen in dem Fall) tun, wobei dieses eine indirekte Methode ist, denn zwischen den Steuersenkungen und Ausgaben in der Wirtschaft liegt noch das Sparverhalten, und dieses dämpft die Wirkung.

Der nationalen Fiskalpolitik kommt eigentlich im Rahmen der europäischen Währungsunion die Funktion zu, Schocks oder Entwicklungen aufzufangen, die länderspezifisch sind. Denn die Geldpolitik kann nur europaweit agieren, kann nur für den gesamten Währungsraum agieren. Wir können nicht von der Geldpolitik verlangen, dass auf ein Land alleine schaut. Das geht nicht. Von dieser Seite her wäre ein Vorwurf an die Geldpolitik unberechtigt.

Aber wer übernimmt denn dann die Besonderheiten der Stabilisierung auf nationaler Ebene? Das kann nur - und so war es auch von Anfang an eigentlich gedacht - die Fiskalpolitik sein, die länderspezifisch agieren muss. Und das ist leider auch ein Punkt, der in den vergangenen Jahren ganz in Vergessenheit geraten ist. Erst in den Koalitionsverhandlungen spielte er wieder eine Rolle. Ich erinnere an das Motto „erst stimulieren, dann sanieren“ in Bezug auf den Haushalt. Das ist ein richtiger Gedanke, ein besserer Gedanke, als ich in den vergangenen Jahren gehört habe. Leider ist die Umsetzung unbefriedigend.

Eine Fiskalpolitik kann länderspezifische Probleme auffangen und es wäre Aufgabe der Fiskalpolitik in Deutschland, die spezifisch deutsche Situation ins Auge zu fassen und das Nötige zu tun. Und was ist das Nötige? Wir haben in Deutschland eine besonders niedrige Inflationsrate. Das ist kein Zufall. Es kommt daher, und das haben unsere Untersuchungen, aber auch die der EZB festgestellt, dass wir in Deutschland eine besonders schwache Lohnentwicklung haben. Und es ist völlig klar, weil die Kostensituation der Unternehmen sich so günstig gestaltet hat in den letzten Jahren, brauchten sie auch die Preise nicht so stark zu erhöhen, insbesondere blieben sie hinter dem Durchschnitt des Euroraums weit zurück.

Wir nennen das als Ökonomen: wir haben eine Strategie der realen Abwertung gefahren. Das ist eine ständige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die darauf hinausläuft, über Außenhandelsüberschüsse tatsächlich die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Das ist ja soweit auch gelungen. Soweit.

Der Preis der Strategie ist eine extrem schwache Binnennachfrage, die durch diese schwache Lohnentwicklung maßgeblich beeinflusst wurde. Und da die Binnenwirtschaft in Deutschland, einer großen Volkswirtschaft, immer noch wichtiger ist als die Außenwirtschaft - wir haben eine Exportquote von gut einem Drittel, zwei Drittel werden hier im Inland erwirtschaftet - heißt das, dass die wirtschaftspolitische Strategie der vergangenen Jahre zwangsläufig das Wachstum in Deutschland beeinträchtigen musste.

Dies kann nur dadurch ausgeglichen werden, dass die Fiskalpolitik entsprechend expansiv wird. Dass sie versucht, dort gegen zu steuern und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, genau das ist nicht geschehen. Es ist nicht geschehen mit Verweis auf den hohen Schuldenstand, es ist nicht geschehen mit Verweis auf die hohen Defizite. Dazu gäbe es noch einiges anzumerken:

Die Defizite sind vor allen Dingen entstanden durch exzessive Steuerreformen 2000/2001, wo die Einnahmesituation des Staates sich dramatisch verschlechtert hat. Ohn, dass- eine insbesondere durch die Unternehmenssteuerreform, die ja sehr massiv war - deutliche Belebung der Wirtschaft stattgefunden hätte.

Die Unternehmen haben sich durch die niedrigen Steuern Liquidität geschaffen und wo sie die Liquidität einsetzen, das ist erst einmal eine offene Frage. Das kann eine Investition im Ausland sein, das kann Geld für Fusionen sein, das kann Geld für Rückkauf von Aktien sein. Aber es wurde nicht investiert. Und damit blieb der erhoffte Effekt aus. Um so erstaunlicher ist, dass man diesen Weg auch noch weiter beschreiten will.

Das war ein Grund für die hohen Defizite. Der zweite Grund war, dass tatsächlich die wirtschaftliche Entwicklung so schlecht war. Und wenn nichts dagegen gehalten wurde, entstehen natürlich über hohe Transfers aus den Sozialkassen und über niedrige Steuereinnahmen weitere Defizite.

Für mich ist einer der traurigen Schlüsselsätze von Hans Eichel am Ende seiner Tätigkeit als Finanzminister, dass er sagt, er hätte konsolidiert, weil er die Ausgaben zurückgefahren hat, was stimmt. Er hat konsolidiert. Mehr als jeder andere Finanzminister vor ihm. Nur leider, leider, seien die Einnahmen weg gebrochen. Dazu kann ich nur sagen: „Ja, das ist so“. Und das ist so, weil auch in einer Phase wirtschaftlicher Schwäche immer weiter konsolidiert wurde. Und es ist traurig, dass diese Erkenntnis erst am Ende einer Amtszeit kommt.

Ich hätte mir gewünscht, dass die Regierung jetzt die Konsequenzen daraus gezogen hätte. Sie hat es teilweise ja getan, indem sie tatsächlich versucht hat, in diesem Jahr ein Investitionsprogramm aufzulegen, verschiedene Abschreibungs- und Steuererleichterungen auf den Weg zu bringen. Das ist alles gut gemeint, nur vom Umfang her so wenig, dass es in der Summe leider nicht den Impuls geben wird, den sich die Regierung erhofft.

Man muss dazu sagen, es gibt ja auch noch Beschlüsse der vergangenen Regierung, die weiter wirken. Es gibt überall Absichten, auch Ausgaben weiter zu kürzen und wenn man alles zusammenrechnet, dann kommt leider kein Rückenwind heraus, sondern eine Flaute, nämlich nichts. Der Impuls der Fiskalpolitik in diesem Jahr ist etwa null. Manche können eine schwarze Null, andere eine rote Null rechnen, aber null ist nun einmal null.

Mit der angedrohten Mehrwertsteuererhöhung für 2007 und mit einer Konjunkturlage, die sich sicherlich leicht gebessert hat, wo wir in diesem Jahr – vielleicht! - die Beschäftigungsschwelle erstmals seit langer Zeit wieder überschreiten werden, d.h., wir werden etwas mehr Beschäftigung haben. Wenn wir dann im nächsten Jahr die Konjunktur wieder bremsen, werden wir sicherlich wieder unter die Beschäftigungsschwelle zurück fallen.

Das hat dann folgende Wirkung: wir werden im nächsten Jahr dann doch deutlich niedrigere Defizite haben. Das wird sicherlich als Erfolg gefeiert werden. Aber ab dem übernächsten Jahr werden sie wieder deutlich zunehmen, weil die Sozialkassen wieder Einnahmeprobleme haben werden, weil diese ganze schwache Konjunkturentwicklung wieder von vorne anfängt. So treten wir auf der Stelle, wenn die Politik nicht auf Beschäftigung ausgerichtet wird.

Richtig wäre in der Tat das, was die Bundesregierung jetzt angelegt hat: auch das Investitionsprogramm eindeutig und mit einem Umfang zu machen, der wirklich einen Impuls auslöst, so dass man deutlich über die Beschäftigungsschwelle kommt und damit natürlich auch neue Einnahmen generiert und damit über den starken Rückenwind einer guten Konjunktur tatsächlich auch den mittelfristig angelegten Konsolidierungsprozess einleiten kann. Nur mit mehr Beschäftigung werden wir letztlich auch aus den Haushaltsproblemen kommen. Das wäre eine angemessene Finanzpolitik. Ich sehe sie noch nicht.

Soweit zur makroökonomischen Stabilität. Aber abgesehen davon haben wir weitreichende Probleme, die sich in allen größeren Industrieländern, nicht nur in Deutschland, mittlerweile sehr stark kulminieren und das ist der Wettbewerb in der Globalisierung.

Lassen Sie mich da eine Analogie ziehen. Für mich ist totaler Wettbewerb so wie totale Freiheit ein Paradox. Wenn ich totale Freiheit habe, wenn jeder das machen darf, was er will, und es gibt keine Grenzen, dann herrscht Chaos und die Freiheit des Einzelnen ist letztendlich eingeschränkt.

Genauso ist es mit dem Wettbewerb. Wenn Wettbewerb sich auf alles und jedes erstreckt, wenn totaler Wettbewerb herrscht, wird letztlich die Wettbewerbskraft des Einzelnen eingeschränkt, das Ergebnis ist auch Chaos. Und wir haben heute eine wirtschaftliche Debatte, wo – auch gerade im außenwirtschaftlichen Bereich – der totale Wettbewerb als Strategie gefahren wird. Sowohl innerhalb wie auch außerhalb der EU gibt es diese Tendenzen, außerhalb noch stärker als innerhalb. Hier manifestieren sich aus meiner Sicht totalitäre Ansprüche des Neoliberalismus, der genau diese Linie mit verschiedensten Publikationen und Äußerungen weiter treibt.

Aus meiner Sicht sollte man sich hier etwas rückbesinnen. Auch von liberaler Seite. Zum Beispiel auf die Ordoliberalen, die Wettbewerb durchaus etwas anders gesehen haben. Die sehr wohl die Notwendigkeit einer Wettbewerbsordnung gesehen haben. Nämlich, dass man bewusst entscheidet, worüber man Wettbewerb haben will und worüber man keinen haben will. Die nicht einfach sagen, es muss totaler Wettbewerb herrschen.

Was man wollen sollte ist, dass man unternehmerischen Wettbewerb hat. Ein Innovationswettbewerb um die besten Produkte, das ist gewollt. Und der Unternehmer, der neue Produkte auf den Markt bringt, Erfolg damit hat, soll auch mit Geld überschüttet werden. Bill Gates hat vielleicht jeden Cent seiner Milliarden verdient. Das ist nicht das Problem.

Das Problem ist, dass der Wettbewerb sich mittlerweile auf Bereiche erstreckt, die nicht Gegenstand des Wettbewerbs sein sollten. Er erstreckt sich insbesondere auch auf die institutionellen sozialen Systeme. Wir haben heute auch einen Wettbewerb

darum, welches soziale System die geringsten Kosten verursacht. Und vielfach wird Rentabilität heute dadurch hergestellt, oder versucht dadurch herzustellen, dass man den sozialen Kosten ausweicht, sie senkt, abbaut. Viele Unternehmer heute sind weniger Unternehmer als Kostensenker.

Das ist ein Unterschied. Sie bringen kein neues Produkt auf den Markt, sie versuchen, irgendwo die Kosten zusammenzudrücken. Das bringt insgesamt die Welt nicht weiter, denn es gibt dadurch kein neues Produkt. Es gibt im Unternehmen vielleicht eine höhere Rentabilität wegen niedriger sozialer Kosten. Dieser ökonomische Wettbewerb um soziale Institutionen ist nicht produktiv. Hier entsteht nichts Neues.

Hier entsteht nur Sozialabbau, der letztlich auch zur Verunsicherung der Menschen führt, der letztlich auch das Verhalten der Menschen dann beeinflusst, wie z.B. dahingehend, dass man mehr eigene Vorsorge betreiben muss, sprich, man spart mehr als man konsumiert, wenn man es denn noch kann. Das wiederum hat Folgen für den Konsum, das wiederum hat Folgen für das wirtschaftliche Wachstum.

Das ist keine Wachstumspolitik. Abbau von Sozialsystemen ist kein Wachstum. Und das sehen wir ja in Deutschland mit brachialer Gewalt. Die letzten Jahre sind ja vor allen Dingen auch dadurch gekennzeichnet, dass wir die tiefste Konsumkrise der Nachkriegszeit haben.

Noch nie war über einen langen Zeitraum die Konsumentwicklung so schwach. Das hat einmal mit den Löhnen zu tun, das hat aber zum zweiten mit der tiefgreifenden Verunsicherung der Menschen zu tun, denen immer mehr Sicherheit genommen wird. Und die dann natürlich ihre Cents zusammenhalten. Das bringt eine Wirtschaft nicht voran. Und das ist ein großes Problem: dieses mangelnde Vertrauen auch in die Zukunft in einem Umfeld, wo Sicherheiten genommen werden. Und das ist auch ein wirtschaftspolitisches Problem.

Deshalb müssten wir einen Konsens erreichen, dass wir Wettbewerb wollen auf den Güter- und Produktmärkten, aber, dass es Bereiche gibt, die geschützt sind. Wir wollen einen globalen Wettbewerb im Bereich Waren und Dienstleistungen, wir wollen nicht unbedingt einen globalen Wettbewerb um Institutionen.

Das heißt ja nicht, dass die Institutionen alle so bleiben sollen und müssen wie sie sind. Selbstverständlich sind sie nicht sakrosankt und wenn man Reformen will soll man die machen. Aber das ist ein politischer Wettbewerb. Wenn sich die politischen Präferenzen in diese oder jene Richtung ändern, dann wird man auch im Sozialsystem dieses oder jenes ändern, das ist in Ordnung. Aber aufgezwungen, allein aus ökonomischen Überlegungen, allein, um nicht die Produktion weg wandern zu lassen in das Land mit den niedrigen sozialen Standards, das ist kein vernünftiger Wettbewerb.

Wie kann man das erreichen?
Nun fangen wir erst einmal an, vor der eigenen Haustüre zu kehren. Nämlich innerhalb der EU. Das ist sicherlich der erste Schritt. Ich halte es für unerlässlich, dass wir innerhalb der EU soziale Mindeststandards definieren. Auch wenn Großbritannien sich dagegen wehrt, in Großbritannien selber ist man da durchaus andere Praxis gewöhnt. Es gibt Mindestlöhne in Großbritannien. In der Höhe von 8 Euro. Ich meine, wenn sie die in Deutschland beschließen würden...

Das betrifft jetzt weniger die IG Metall. Aber es gibt Tarifverträge, ich war selber entsetzt, als ich das zum ersten Mal in unserem Tarifarchiv las, von 3,15 Euro in Thüringen. Und da gibt's noch eine ganze Reihe im Bereich der 4 Euro. Und dann hat man noch eine geringe Tarifabdeckung in Ostdeutschland. Man kann sich ja vorstellen, was dort gezahlt wird. Da entstehen Monatseinkommen von Vollzeitbeschäftigten in der Gegend von 400 Euro. Das muss man sich mal vorstellen. Das entspricht nicht einmal englischen Sozialstandards. Insofern sollte man diese Debatte forcieren.

Wir brauchen auch eine **Mindestbesteuerung** im Rahmen der EU. Ich bin ohnehin der Meinung, dass auch die EU-Institutionen eigene Steuereinnahmen haben sollten, damit sie auch auf europäischer Ebene eigene Initiativen, natürlich kontrolliert vom Europaparlament, machen könnten.

Das betrifft auch die Dienstleistungsrichtlinie. Der erste Vorschlag war der Vorschlag des totalen Institutionenwettbewerbs. Wenn das Herkunftslandprinzip gilt, gelten die Institutionen des Landes, wo jemand herkommt. Wenn die, aus guten Gründen meinethalben, schwächer ausgebaut sind als im Bestimmungsland, heißt das im Klartext: jemand ist schon deshalb erfolgreich, nicht weil er ein gutes Produkt hat, sondern weil er mit niederen sozialen Standards arbeitet.

Das kann nicht sein. Abgesehen davon, dass die Berechnung der Beschäftigungseffekte, die in diesen Studien gemacht worden sind, schlicht und ergreifend falsch sind, weil sie unterstellen, dass eine solche Art von Wettbewerb keine Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hätte. Aber das kann man sich ja an den fünf Fingern abzählen. Wenn die Sozialsysteme ins Rutschen kommen, ob in Deutschland, Frankreich oder sonstwo, dann wird das die Nachfrage nicht unbeeinflusst lassen und diese negativen Effekte, auch auf die Beschäftigung wurden nicht berücksichtigt.

Aber auch außerhalb der EU haben wir Möglichkeiten, über die WTO entsprechende Standards zu setzen. Wir können das auch schon die Währungspolitik einsetzen mittlerweile. Die Amerikaner machen das. Ja, dann lässt man eben gegenüber solchen Währungen gegenüber den Euro abwerten. Und dann hat man das Konkurrenzproblem gelöst.

Das entbindet uns natürlich nicht von eigenen Maßnahmen. Wir können die Tobin Tax einführen, also die Steuer auf kurzfristige Finanztransaktionen, um den Druck der Finanzmärkte zu mindern. Das ist ein marktwirtschaftliches Instrument par excellence und macht spekulative Bewegungen teurer, verhindert aber nicht, dass langfristig geplante Investitionen auch durchgeführt werden können.

All dies ist möglich, all dies ist auch schon seit längerem in der Debatte, all dies muss meiner Ansicht nach im Rahmen einer neuen globalen Wettbewerbsordnung auch tatsächlich angestrebt werden. Denn sonst haben wir dieses Wettrennen nicht nur um die besseren Produkte, sondern um die billigeren Institutionen, die niedrigere Absicherung und das trifft nicht nur uns. Das trifft letztlich alle.

Man sage mir doch nichts über die gravierenden sozialen Probleme in China. Und die Menschen geraten dort auch unter Druck, ja nicht zu viel zu fordern. Das gilt für die Ukraine, das gilt für Polen, das gilt für alle Länder, die sich diesem Druck ausgesetzt sehen und das zeigt eben auch, wie unproduktiv letztlich diese Art von Wettbe-

werb ist. Es ist also auch im globalen wirtschaftlichen Interesse, es ist im Interesse einer Wachstums- und Beschäftigungspolitik, hier über eine globale Wirtschaftsordnung nachzudenken.

Wir brauchen, um wirklich Beschäftigung zu schaffen, um die Wirtschaftspolitik auf Beschäftigung einzustellen, dass gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und eine nachhaltige Wettbewerbsordnung wieder in den Mittelpunkt der Debatte kommen. Statt Konsolidierung, statt Sozialabbau, statt einfacher Liberalisierung des Welthandels. Das ist nicht leicht, das ist ein langer und steiniger Weg. Und wir müssen uns anstrengen, um die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen.
Vielen Dank.